



# Landkreistag Rheinland-Pfalz

---

## Pressemitteilung

---

Mainz, den 09.01.2025  
Az.: 967-000 He/Sä

### **Finanzsituation eskaliert: Kreise schlagen Alarm - Entschuldungsprogramm des Landes kurz vor dem Scheitern**

Mit einem Brief an die Fraktionsvorsitzenden im rheinland-pfälzischen Landtag hat der Landkreistag die dramatische Finanzlage der Kreise verdeutlicht. Nach den aktuell vorliegenden Prognosen gehen die Kreise davon aus, in 2025 mit rd. 400 Mio. € im Minus zu liegen (Ergebnishaushalt). Die Verschuldung mit Liquiditätskrediten wird aus diesem Grund nach den aktuellen Haushaltsplanungen um mehr als 330 Mio. € aufwachsen.

### **Entschuldungsprogramm kurz vor dem Scheitern**

Folge: Das ab 2020 greifende Entschuldungsprogramm PEK-RP des Landes nimmt den Kreisen rd. 500 Mio. € schon bestehende, aus der Vergangenheit stammende Liquiditätskredite (vergleichbar den Dispokrediten im privaten Bereich) ab. Wahrscheinlich schon dieses Jahr, spätestens aber in 2026 werden bei ungebremster Entwicklung die Liquiditätskredite der Kreise weit über diesen Betrag wieder angewachsen sein. Das Programm hätte damit spätestens zu diesem Zeitpunkt seinen Zweck, nämlich die kommunale Handlungs- und Leistungsfähigkeit zu stärken, verfehlt.

### **Ursachen und Lösungen**

Die Ursachen liegen im Wesentlichen:

- im Aufwuchs der Belastungen aus der Sozial- und Jugendhilfe, insbesondere in der Eingliederungshilfe, auch im Kindertagesstättenwesen,
- in den weiter stark steigenden Kosten zur Durchführung des ÖPNV, aber auch
- in aufgrund der Tarifabschlüsse gestiegenen Personalkosten, die in alle oben genannten Bereiche massiv hineinwirken.

Der Landtag hat es auch nach Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2025/2026 jederzeit in der Hand, durch eine Erhöhung der für die Kommunen vorgesehenen Mittel diese Entwicklung zumindest teilweise abzufangen. Ebenso kurzfristig sind die Regelungen zum

Kommunalen Finanzausgleich (KFA) zu evaluieren, da der seit 01.01.2023 neue KFA trotz Aufwuchs der Finanzausgleichsmasse ganz offensichtlich nicht in der Lage ist, die Kommunal Finanzen zu stärken. Ein Zuwarten, wie im Gesetz vorgesehen, bis 2026, ist nach Auffassung des Landkreistages der kommunalen Seite nicht mehr zumutbar. Dauerhaft ist eine Diskussion um einen Standardabbau unumgänglich. Zu dieser ist der Landkreistag gerne bereit.

### **Haushaltsgenehmigungen**

Schließlich weist der Landkreistag darauf hin, dass eine Genehmigung der Kreishaushalte 2025 durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) nicht an den vorliegenden, für die Kreise unabweisbaren Defiziten scheitern darf.